

## K-6 Fundament stärken – die zukunftsfeste Stadt

Gremium: LaVo  
Beschlussdatum: 10.12.2020  
Tagesordnungspunkt: K-6 Kapitel 6

### 1 6. Fundament stärken – die zukunftsfeste Stadt

2 Wir haben die vergangenen Jahre genutzt, das „Jahrzehnt der Investitionen“ ausgerufen und  
3 kräftig in die Zukunft der Stadt investiert. Wir haben U- und S-Bahn-Wagen in Milliardenhöhe  
4 bestellt, haben Milliarden für Schulbau und -sanierung ausgegeben, Tausende neue Stellen in  
5 der öffentlichen Verwaltung geschaffen und Gehälter auf den Durchschnitt der anderen  
6 Bundesländer angehoben, massiv in den Wohnungsbau investiert, genau wie in Energieeffizienz  
7 und die Digitalisierung der Verwaltung. Ein Paradigmenwechsel im Vergleich zu der Zeit von  
8 vor der Grünen Regierungsverantwortung.

9 Berlin war heruntergewirtschaftet

10 2016 war die Stadt gezeichnet von vielen Jahren, in denen ein rot-roter Senat die Devise  
11 ausgegeben hatte: „Sparen, bis es quietscht!“ Gerade die Bezirke waren kaum noch  
12 handlungsfähig, so massiv waren die Finanzkürzungen und der Personalabbau. Die Berliner  
13 Wasserbetriebe waren verkauft, genau wie die vormals landeseigene Wohnungsbaugesellschaft  
14 „Gemeinnützige Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft“ (GSW), die als börsennotierte  
15 Gesellschaft mittlerweile der „Deutsche Wohnen“ gehört. Berlin hing bei der Bezahlung der  
16 Beamt\*innen weit hinter der Bezahlung in anderen Bundesländern zurück, eine gesamtstädtische  
17 Steuerung gab es nicht, der Begriff Digitalisierung war für große Teile der Politik ein  
18 Fremdwort und eine Senatsstrategie gegen die Klimakrise noch nicht mal am Horizont  
19 erkennbar.

20 Die Berliner Verwaltung hat Handlungsfähigkeit zurückgewonnen

21 Seitdem ist viel passiert: Wir haben den Bezirken Handlungsfähigkeit zurückgegeben. Seit  
22 2016 haben wir die Bezirksverwaltungen um über 4.000 auf etwa 24.300 Stellen aufgestockt.  
23 Ein Plus von 20 Prozent in einer Legislaturperiode. Die Bezirkshaushalte konnten wir sogar  
24 um 25 Prozent auf heute rund 7,6 Milliarden Euro steigern. Um Handlungsfähigkeit vor Ort zu  
25 schaffen, haben wir seit 2016 einstmalige Sonderprogramme verstetigt und wieder in die  
26 Verantwortung der Bezirke und ihrer „Globalsumme“ zurückgegeben. Der „Zukunftspakt  
27 Verwaltung“ wurde im Mai 2019 unterzeichnet: Damit haben sich der Regierende Bürgermeister,  
28 alle zwölf Bezirksbürgermeister\*innen und alle Senator\*innen auf ein konkretes gemeinsames  
29 Vorgehen verständigt, um Berlins Verwaltung effektiver und effizienter zu machen. Jetzt  
30 müssen wir den nächsten Schritt gehen und die Modernisierung der Strukturen auf Landes- und  
31 Bezirksebene weiter beschleunigen.

32 Das Berliner Vermögen halten und ausbauen

33 Gemeinwohl braucht öffentliche Ressourcen und eine soziale Bodenpolitik. Wir wollen das  
34 Vermögen des Landes Berlin sichern und ausbauen. Mit der Privatisierung öffentlichen  
35 Eigentums haben wir Schluss gemacht. In der kommenden Legislaturperiode werben wir weiter  
36 bei anderen Parteien für eine echte Privatisierungsbremse in der Berliner Verfassung. Um den  
37 Aufbau von Berlins Vermögen voranzutreiben, werden wir die neu gegründete „Berliner  
38 Bodenfonds GmbH“ ausbauen und die strategischen Ankäufe von Liegenschaften forcieren. Dabei  
39 wollen wir mit zivilgesellschaftlichen Initiativen, Genossenschaften und Stiftungen  
40 kooperieren.

41 Finanzpolitik, Verwaltung und Bezirke auf Klimaneutralität ausrichten

42 Gemeinwohl geht einher mit dem Ziel, Berlin auf den 1,5-Grad-Pfad zu bringen. Wir verstehen  
43 die Finanz- und Haushaltspolitik in Land und Bezirken als zentralen Hebel dafür. Mit einem  
44 Berliner Klima-Budget werden wir den Ausstoß von CO<sub>2</sub> reduzieren und die Reduzierung von  
45 Treibhausgasen auch noch stärker in die Logik der Bezirksfinanzierung einfließen lassen. Der  
46 Berliner Klimaschutzrat soll die Einhaltung der Budgets und die Umsetzung überwachen.

47 Berlin neu ordnen und die personelle Erneuerung schaffen

48 Um Gemeinwohl und Klimaneutralität zu erreichen, brauchen wir eine leistungsstarke  
49 Verwaltung: modern und effizient, digital und klimaneutral. Berlin kann nur dann  
50 funktionieren, wenn dabei alle Ebenen und die Ressorts eng zusammenarbeiten. Darum werden  
51 wir die sogenannte „gesamstädtische Steuerung“ und Zuständigkeiten neu ordnen. Zu allen  
52 relevanten Themen und Aufgaben wollen wir ressort- und ebenenübergreifende  
53 Zielvereinbarungen schließen. Reibungsverluste und Verantwortungswirrwarr zwischen  
54 Hauptverwaltung und Bezirken wollen wir so konsequent beseitigen. In den kommenden Jahren  
55 wird ein erheblicher Teil der Beschäftigten altersbedingt ausscheiden. Wir wollen diesen  
56 demographischen Wandel als Chance für die Verwaltungsmodernisierung wahrnehmen. Dafür werden  
57 wir die Arbeitsbedingungen verbessern, neue kluge Köpfe werben und die Berliner Verwaltung  
58 so divers aufstellen, wie es die Bevölkerung dieser Stadt längst ist.

59 Lokale Demokratie in den Bezirken stärken

60 In den Bezirken legen wir einen Schwerpunkt darauf, die lokale Demokratie weiter zu stärken.  
61 Die Bezirksämter wollen wir künftig nicht mehr nach Parteienproporz besetzen, sondern eine  
62 echte Bezirksregierung schaffen, mit klaren Verantwortlichkeiten für das Regieren auf der  
63 einen Seite und klarer Oppositionsrolle auf der anderen. Nur mit einem solchen „politischen  
64 Bezirksamt“ wird für die Bürger\*innen ersichtlich, wer für welche Politik geradesteht. Damit  
65 geht einher, dass wir die Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) stärken wollen, zum Beispiel  
66 dadurch, dass künftig noch mehr ihrer Beschlüsse tatsächlich eine bindende Wirkung haben.

67 Die Zeiten von „Sparen, bis es quietscht!“ müssen endgültig vorbei sein. Die Corona-Krise  
68 stellt uns vor große finanzielle Herausforderungen, aber Kürzungen der öffentlichen Ausgaben  
69 und Investitionen würde sie letztlich nur schlimmer machen – das hat uns die Vergangenheit  
70 gelehrt. Zumal auch unterlassene Investitionen in die Unterhaltung und Modernisierung der  
71 städtischen Infrastruktur versteckte Schulden sind. Wir werden weiter in die Stadt  
72 investieren: für ein Berlin mit einer guten Grundversorgung für alle, das dem 1,5-Grad-Pfad  
73 folgt, für effiziente Verwaltungen in Land und Bezirken und für eine demokratische, gerechte  
74 und vielfältige Hauptstadt.

## 75 **6.1 Grüne Finanzpolitik – Daseinsvorsorge sichern,** 76 **Berlin klimaneutral und gerechter machen**

77 Berlin ist auf einem guten Weg. Nach Jahren des Kaputtsparens haben wir 2016 einen neuen  
78 Kurs eingeschlagen. Wir haben massiv investiert in die Zukunft der Stadt, in Schulen, U- und  
79 S-Bahnen, Fahrradwege, Krankenhäuser, mehr Personal und Digitalisierung. Die Corona-Krise  
80 hat die Vorzeichen neu gesetzt. Zum ersten Mal seit Jahren mussten wir neue Kredite  
81 aufnehmen. Wir haben dies getan, um die wirtschaftliche Aufholjagd der Stadt in den letzten  
82 Jahren und ihre weitere Entwicklung abzusichern – viele Unternehmer\*innen wurden mit  
83 Soforthilfeprogrammen vor dem Ruin gerettet, mit Konjunkturmaßnahmen ermöglichen wir der  
84 Wirtschaft einen guten Start aus der Krise. Die Kosten der Krise mit überzogener Sparpolitik

85 begleichen zu wollen, wäre die falsche Antwort, da sie die Krise nur noch teurer macht. Wir  
86 bleiben auf Kurs. Wir bekennen uns weiterhin zu einer nachhaltigen Haushaltspolitik und dem  
87 Schuldenabbau, ebenso wichtig sind aber Investitionen in die Zukunft. Dazu gehört, eine gute  
88 Daseinsvorsorge zu sichern, in die funktionierende Stadt zu investieren, Berlin klimaneutral  
89 zu machen und für mehr Gerechtigkeit zu sorgen.

90 Daseinsvorsorge ist staatliche Aufgabe

91 Es war ein Fehler, in den Jahren vor 2016 unter SPD, CDU und Linkspartei Vermögen im Wert  
92 von ca. 16,5 Milliarden Euro zu verscherbeln. Dieser Privatisierung öffentlichen Eigentums  
93 haben wir in der Landeshaushaltsordnung einen Riegel vorgeschoben. Ein wichtiger Schritt,  
94 aber nicht genug. Wir wollen eine echte Privatisierungsbremse in Form eines  
95 Bodensicherungsgesetzes und durch eine Änderung in der Berliner Verfassung. Dafür werben wir  
96 um Mehrheiten über die Parteigrenzen hinweg. Dabei gilt: Das Grundstockvermögen darf in  
97 seinem Wertbestand grundsätzlich nicht verringert werden. Ausnahmen gibt es per Gesetz und  
98 in außergewöhnlichen Notsituationen mit einer Mehrheit des Abgeordnetenhauses.

99 Eine endgültige Abkehr von der Privatisierungspolitik früherer Zeiten ist uns aber nicht  
100 genug. Wir wollen das städtische Vermögen weiter aufbauen. Weil Grundversorgung in  
101 öffentlicher Hand die beste Versorgung für alle garantiert, wollen wir kritische  
102 Infrastrukturen wie Energienetze in die öffentliche Hand zurückholen. Der vollständige  
103 Rückkauf des Berliner Stromnetzes beendet nicht nur einen jahrelangen Rechtsstreit, sondern  
104 ermöglicht endlich gezielte Investitionen in die Infrastruktur der Energiewende der Stadt.  
105 Den Einfluss des Landes Berlin werden wir auf alle Energienetze ausweiten. Zur langfristigen  
106 Stabilisierung des Berliner Wohnungsmarktes streben wir an, dass in 30 Jahren 50 Prozent  
107 aller Wohnungen in Berlin in gemeinwohlorientierter Hand sind, und vergeben öffentliche  
108 Grundstücke nur noch als Erbbaurechte. Bei Vergabeverfahren setzen wir auf das beste  
109 Konzept, nicht den höchsten Preis. Public Private Partnerships stehen wir kritisch  
110 gegenüber, da durch sie häufig höhere Kosten für die öffentliche Hand entstehen und Gewinne  
111 meist an die Privaten gehen. Sinnvolle Ausnahmen wie das Energie-Contracting in der Berliner  
112 Energie-Agentur, zum Beispiel die Zusammenarbeit von Energieanbietern und Rathäusern zur  
113 Energieeinsparung, können im Einzelnen geprüft und gefördert werden.

114 Finanzpolitik – zentraler Hebel im Kampf gegen die Klimakrise

115 Wir wollen offenlegen, welche Sektoren und Ausgaben wie viel klimaschädliche CO<sub>2</sub>-Emissionen  
116 verantworten und einsparen müssen und damit Klimaschutz zu einer Maxime auch haushalts- und  
117 finanzpolitischer Entscheidungen machen. Dafür führen wir ein „Klima-Budget“ für die  
118 Haushalte in Land und Bezirken ein. Wenn einzelne Bereiche hinter den Pariser Klimazielen  
119 und dem davon abgeleiteten Berliner Einsparpfad zurückbleiben, muss zugunsten weiterer  
120 Klimaschutzmaßnahmen im Haushalt umgesteuert werden. Die Versorgungsrücklagen und andere  
121 Sondervermögen des Landes legen wir nach ethischen und ökologisch-nachhaltigen Kriterien an  
122 – Gleiches gilt für Finanzanlagen, an denen das Land Berlin oder seine Gesellschaften  
123 Anteile halten. Dieses sogenannte „Sustainable Finance“ soll ausgeweitet werden und  
124 systematisch Anwendung finden, bis sämtliche dieser Vermögen klimaneutral angelegt sind. Mit  
125 einer jährlichen Berichtspflicht gegenüber dem Abgeordnetenhaus und der Öffentlichkeit zur  
126 Klima- und CO<sub>2</sub>-Bilanz der öffentlichen Finanzanlagen schaffen wir Transparenz und stärken  
127 die Nachfrage nach ökologischen Finanzmarktprodukten. Dafür werden wir auch mit der Ausgabe  
128 von Green Bonds zur Finanzierung bestimmter öffentlicher Investitionsvorhaben, etwa im  
129 Umwelt- und Verkehrsbereich, beginnen.

130 Finanzpolitik ist Gerechtigkeitspolitik

131 Gerechtigkeit ist für uns ein wichtiges Ziel, an dem sich auch die Einnahmen des Staates wie  
132 seine Ausgaben messen lassen müssen. Im Bereich der sogenannten Ländersteuern und durch  
133 eigene Abgaben können die Bundesländer einen Beitrag zur Umverteilung von Reichtum und zu  
134 mehr Chancengerechtigkeit leisten. Wir wollen die Weiterentwicklung der Grundsteuer zu einer  
135 Bodenwertsteuer prüfen und dazu eine Machbarkeitsstudie in Auftrag geben. Unser Ziel bleibt,  
136 Spekulation mit Boden einzudämmen, den öffentlichen Anteil am Grundbesitz deutlich zu  
137 steigern und die Liegenschaftspolitik an Gemeinwohlkriterien zu orientieren. Dazu braucht es  
138 eine strategische Ankaufspolitik. Dafür wollen wir den neu gegründeten landeseigenen  
139 „Berliner Bondenfonds“ ausbauen und dabei mit zivilgesellschaftlichen Initiativen,  
140 Genossenschaften und Stiftungen kooperieren.

141 Die zweite Gerechtigkeitsfrage ist, wie Mittel ausgegeben werden. Seit Jahren arbeiten wir  
142 in Berlin daran, Mittel geschlechtergerecht einzusetzen. Die Daten liegen mittlerweile  
143 ausreichend vor, in der nächsten Legislaturperiode wollen wir konkrete Zielmarken  
144 formulieren und verbindlich umsetzen, zum Beispiel um Lohnungleichheiten zwischen  
145 Berufsgruppen auszugleichen, die eher von Männern bzw. Frauen ausgeübt werden. Wir setzen  
146 uns ferner dafür ein, dass sich die gesellschaftliche Vielfalt in Berlin auch in der  
147 öffentlichen Förderung widerspiegelt. Um Bürger\*innen mehr direkte Mitsprache über die  
148 Verteilung von öffentlichen Mitteln zu geben, setzen wir uns weiterhin für ein Pilotprojekt  
149 Bürger\*innenhaushalt auch auf Landesebene ein.

150 Wir arbeiten in Berlin für mehr Verteilungsgerechtigkeit – und genauso von Berlin aus auf  
151 Bundesebene. Das Steuerschlupfloch „Share-Deals“, mit dem Investor\*innen beim Immobilienkauf  
152 die Grunderwerbsteuer umgehen, wollen wir auf Bundesebene schließen. Außerdem werden wir zur  
153 Finanzierung nötiger Investitionen Initiativen im Bundesrat ergreifen – zur Wiedereinführung  
154 einer Vermögensteuer und um die Schuldenbremse auch für die Länder flexibler zu gestalten.

## 155 **6.2 Verwaltung fit machen – modern und effizient,** 156 **digital und vielfältig**

157 Eine gute Verwaltung ist Voraussetzung für eine funktionierende Stadt – dafür, dass Anliegen  
158 und Anträge von Bürger\*innen oder Unternehmen schnell bearbeitet werden, Beteiligung  
159 selbstverständlich wird sowie Fahrradwege und Schulen zügig gebaut werden. Zuletzt hat die  
160 Corona-Pandemie einmal mehr gezeigt, wie elementar es für uns alle ist, eine gut  
161 ausgestattete, effiziente Verwaltung zu haben. Wir wollen eine Verwaltung, die besten  
162 Service garantieren kann und in der bei jeder Aufgabe stets alle Abläufe schnell und  
163 reibungslos ineinandergreifen. All das funktioniert nur mit klaren Strukturen, der richtigen  
164 Technik, qualifizierten Leuten und einer zentralen Steuerung im Sinne gemeinsamer Standards.  
165 Wir wollen Berlins Verwaltung vollständig digitalisieren und die Mitarbeiterschaft so divers  
166 aufstellen, wie unsere Stadt auch tatsächlich ist. Vielfalt und gute Arbeitsbedingungen sind  
167 die Basis für Kreativität und Motivation. Berlin soll auf den 1,5-Grad-Pfad kommen, die  
168 Berliner Verwaltung muss auch hier zum Vorbild werden.

169 Gesamtstädtische Steuerung – die Beziehungen von Land und Bezirken neu ordnen

170 Berlin kann nur funktionieren, wenn die Ebenen der Verwaltung und die Ressorts eng  
171 zusammenarbeiten und gemeinsame Ziele verfolgen. Eine Verbesserung dieser „gesamtstädtischen  
172 Steuerung“ ist Herzstück des „Zukunftspakts Verwaltung“, den wir 2019 geschlossen haben, und  
173 zugleich Maßgabe für unsere Arbeit in der kommenden Legislaturperiode. Wir wollen zu allen  
174 relevanten Themen und Aufgaben ressort- und ebenenübergreifende Zielvereinbarungen treffen.  
175 Die Bezirke wollen wir auch zukünftig personell und finanziell stärken, um vor Ort  
176 zusätzliche Handlungsspielräume zu eröffnen.

177 Gleichzeitig sind wir der Überzeugung, dass es eigentlich einer grundsätzlichen Neuordnung  
178 der Beziehungen zwischen Land und Bezirken bedarf. Um das zu erreichen, wollen wir einen  
179 Vorstoß wagen, bei dem Land und Bezirke ihre Zuständigkeiten und Kompetenzen neu ordnen.  
180 Dies ist in manchen Punkten nur durch eine Verfassungsänderung und mit Zweidrittelmehrheit  
181 im Abgeordnetenhaus möglich.

182 Die Berliner Verwaltung und die Steuerung der Stadt digitalisieren

183 Die Zukunft der Berliner Verwaltung ist digital. Wir wollen das vorhandene Berliner Service-  
184 und Dienstleistungsportal zu einem digitalen Bürger\*innenamt weiterentwickeln, das so viele  
185 Verwaltungsdienstleistungen wie möglich automatisiert und mobil vorhält. Das ist komfortabel  
186 für die Nutzer\*innen und hilft zugleich der Verwaltung, Ressourcen einzusparen. So können  
187 sich deren Mitarbeiter\*innen besser um persönliche Belange und Einzelfälle kümmern.

188 Aber auch die täglichen Abläufe und das Datenmanagement in unserer Smart City wollen wir  
189 digitalisieren: Die intelligente Steuerung von Verkehrsströmen verhindert Stau und sorgt  
190 dafür, dass Busse oder Leihräder immer genau da sind, wo sie gebraucht werden. Intelligentes  
191 Müllmanagement sorgt für saubere Kieze, die Versorgung mit Kitaplätzen vor Ort wird  
192 automatisch mit den Geburten- und Meldedaten in den Stadtteilen abgeglichen.

193 Um auf diesem Weg voranzukommen, wollen wir die Zuständigkeiten für Digitalisierung, die  
194 derzeit in der Senatskanzlei, in der Innen- und der Wirtschaftsverwaltung liegen, besser  
195 strukturieren und zusammenführen. Wir brauchen eine zentrale Steuerungsstruktur mit Mandat,  
196 Ressourcen und Budgets. Wir haben dafür gesorgt, dass heute im Service-Portal Berlins über  
197 100 Dienstleistungen online erledigt werden können – von der Beantragung von Kita-  
198 Gutscheinen bis zur Gewerbeanmeldung. Bis 2026 wollen wir alle öffentlichen Gebäude ans  
199 Glasfasernetz angeschlossen haben und wir werden dafür prüfen, inwieweit ein landeseigenes  
200 Unternehmen den Ausbau des Glasfasernetzes schneller meistert. Auf Landesebene wollen wir  
201 die Verantwortung für die Digitalisierung in einer zentralen Steuerungsstruktur  
202 zusammenfassen, anstatt es weiterhin über mehrere Senatsverwaltungen zu verteilen. Damit das  
203 Zusammenspiel dieser neuen zentralen Einheit mit den Bezirken gut funktioniert, werden wir  
204 auch in jedem Bezirksamt eine\*n zentrale\*n Digitalisierungsbeauftragte\*n einführen und die  
205 nötigen Mittel für eine moderne IKT-Ausstattung bereitstellen.

206 Sicherheit und Effizienz sind für uns die Leitprinzipien der Digitalisierung der  
207 öffentlichen Dienstleistungen. Ohne Datenschutz und IT-Sicherheit haben Bürger\*innen und die  
208 Wirtschaft kein Vertrauen in digitale Dienste. Klare Verantwortlichkeiten, „privacy by  
209 design“, schnell reagierende Beschwerdestellen und ein\*e gut ausgestattete IT-  
210 Sicherheitsbeauftragte\*r sind für uns integraler Bestandteil aller Vorhaben. Gleiches gilt  
211 für die Effizienz: Mit zentralem Management der Hardware- und Softwarestrukturen und  
212 Beauftragten der Bezirke sowie der Fachbereiche – wie zum Beispiel Schulen – schaffen wir  
213 den richtigen Mix aus solider Struktur, einheitlichem Sicherheitsniveau und flexiblem  
214 Eingehen auf besondere Bedürfnisse.

215 Digitalisierung bedeutet neue Anforderungen, sowohl für Verwaltungsmitarbeiter\*innen als  
216 auch die Politik. Mobiles Arbeiten, digitale Kompetenz und eine neue Fehlerkultur sollen  
217 Bestandteil von Weiterbildungen der Verwaltungsmitarbeiter\*innen werden.

218 Personelle Erneuerung organisieren – die Verwaltung wird vielfältig

219 Verwaltung funktioniert nur mit motivierten Mitarbeiter\*innen. In den kommenden Jahren wird  
220 ein erheblicher Teil der Beschäftigten altersbedingt ausscheiden, für die anderen stehen  
221 große Umbrüche an. Um neue kompetente Mitarbeiter\*innen zu gewinnen, setzen wir auf gute  
222 Arbeitsbedingungen, eine gute Bezahlung und gute Entwicklungsmöglichkeiten. Es ist uns  
223 gelungen, dass Beamt\*innen mit dem Ende der Legislaturperiode endlich den Durchschnitt der

224 Besoldung anderer Bundesländer erreichen. Künftig wollen wir mobiles Arbeiten zur Standard-  
 225 Option machen und durch Erleichterungen für Quereinsteiger\*innen, Austauschprogramme auch  
 226 mit europäischen Partnerstädten, Qualifizierungsangeboten oder Möglichkeiten, die Laufbahn  
 227 zu wechseln, attraktive Perspektiven schaffen.

228 Enquete-Kommission gegen Diskriminierung in der Verwaltung und in den (Sicherheits-)  
 229 Behörden

230 Für die Dauer der kommenden Legislaturperiode wollen wir eine parlamentarische Enquete-  
 231 Kommission einrichten. Ziel ist, diskriminierende Strukturen in der Berliner Verwaltung und  
 232 den (Sicherheits-)Behörden proaktiv und systematisch zu erfassen, diese abzubauen und die  
 233 Verwaltung offener und diverser zu machen. Sachverständige aus der Zivilgesellschaft können  
 234 dort ihre diskriminierungskritische Expertise einbringen und die vielfältigen Perspektiven  
 235 potentiell Betroffener sicherstellen.

236 Auch künftig gilt für uns „50 Prozent der Macht den Frauen“ – und das auch auf den höheren  
 237 Führungsebenen der Verwaltung. Um die Verwaltung für Schwarze Menschen, People of Color,  
 238 queere Menschen, Menschen mit Behinderung oder Menschen aus bildungsferneren Milieus  
 239 attraktiver zu machen, setzen wir bei Einstellungsverfahren bewusst auf Diversität. Alle  
 240 Führungskräfte der Verwaltung sollen Fortbildungen zum Thema Diversität bekommen.

## 241 **6.3 Handlungsfähige Bezirke schaffen – vor Ort** 242 **entscheidet sich unser Zusammenleben**

243 Wir sind zuhause in den Kiezen und Stadtteilen. Hier entscheidet sich, wie wir gemeinsam  
 244 Berlin gestalten. Möglich ist das nur, wenn die Bezirke handlungsfähig sind. Als wir 2016  
 245 Regierungsverantwortung übernommen haben, war dies kaum noch gegeben. Das Spardiktat des  
 246 vorangegangenen Jahrzehnts hatte die Bezirke ausbluten lassen. Wir haben seitdem die  
 247 Personalstellen in den Bezirken um 20 Prozent angehoben, die finanziellen Mittel sogar um 25  
 248 Prozent. Und wir haben Entscheidungsfreiheit an die Bezirke zurückgegeben. Um diesen Weg  
 249 fortzusetzen, wollen wir an die Strukturen ran und dabei gute Bürger\*innendienstleistungen  
 250 in den Mittelpunkt stellen. Vor Ort muss sich beweisen, dass die Stadt funktioniert sowie  
 251 mehr Demokratie und Beteiligung möglich sind.

252 Beste Qualität statt billigster Preis – Finanzierung der Bezirke neu aufstellen

253 Das Prinzip der Finanzierung der Bezirke ist derzeit bei knappen Mitteln Wettbewerb um den  
 254 billigsten Preis. Wenn die Aufgabe in einem anderen Bezirk billiger erfüllt wird, müssen  
 255 alle nachziehen, was zu einer fatalen Abwärtsspirale führt. Diese Logik wollen wir  
 256 durchbrechen, indem wir die Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) neu aufstellen. Wir wollen  
 257 neben Kostendaten auch Leistungs- und Qualitätsdaten erfassen. Der Preis darf nicht  
 258 alleiniges Merkmal guter Politik sein. Konkret wird das zum Beispiel beim Klimaschutz. Wir  
 259 wollen einen Anreiz für klimafreundliches und ressourcensparendes Haushalten in die Logik  
 260 der Bezirksfinanzierung integrieren. Auch das Gender-Budgeting, also die Prüfung, ob die  
 261 Mittel Frauen gleichermaßen zugutekommen, wollen wir stärker verankern.

262 Die derzeitige Logik des Wettbewerbs führt dazu, dass Innovationen nicht geteilt werden, da  
 263 mehr Effizienz in anderen Bezirken neue Sparzwänge erzeugt. Wir wollen gemeinsames Ringen um  
 264 den besten Weg, kein Gegeneinander. Gerade bei der Schulsanierung hat sich gezeigt, dass die  
 265 Bezirke an Grenzen kommen. Darum wollen wir Bezirkskooperationen ausbauen und Prozesse  
 266 effizienter gestalten, um Kosten zu senken.

267 Über die Logik der KLR, in der über sogenannte „Produkte“ Einzelleistungen abgerechnet  
268 werden, können zum Beispiel Kosten für kulturelle Angebote kaum abgebildet werden. Manche  
269 Angebote zeichnen sich durch viele Besucher\*innen aus, andere durch eine lange Verweildauer.  
270 Das lässt sich nicht in Preis-Mengen-Kategorien fassen. Darum wollen wir Kultur- und  
271 Weiterbildung in einem Pilotprojekt ganz aus der KLR herausnehmen und stattdessen die  
272 Zuweisungen in anderer Form berechnen – etwa in einer Mischung aus der Fortschreibung  
273 bestehender Projekte und tatsächlicher Neubedarfe.

274 Eigenständigkeit der Bezirke stärken

275 Die Eigenständigkeit der Bezirke wollen wir weiter stärken. In den letzten Jahren haben wir  
276 Sonderprogramme, die Bezirken vorschreiben, wie sie Geld zu verwenden haben, um ein Drittel  
277 zurückgefahren und Mittel direkt in den Bezirksplanfonds gegeben. Künftig soll systematisch  
278 gelten: Sonderprogramme dürfen nur noch als besondere Innovationsprogramme und nicht mehr  
279 zur Finanzierung von Regelaufgaben eingesetzt werden.

280 All diese Veränderungen müssen sich in der Gesamtsumme der bezirklichen Mittel  
281 widerspiegeln. Darum wollen wir die Bezirke künftig frühzeitig an der Erarbeitung des  
282 Bezirksplanfonds beteiligen. Unrealistische Einnahmenvorgaben wollen wir absenken und  
283 konkrete Bedarfe in den Mittelpunkt stellen – inklusive hoher Qualitäts- und  
284 Nachhaltigkeitsstandards.

285 Mehr Demokratie in den Bezirken

286 Die Bezirke sind Orte lokaler Demokratie und aktiver Beteiligung. Dieses Versprechen wollen  
287 wir stärker mit Leben füllen und Strukturen neu ordnen. Bisher werden Bezirksämter nach  
288 Proporz besetzt – die Parteien stellen Stadträt\*innen entsprechend ihrem Wahlergebnis,  
289 anders als auf Bundes- und Landesebene, wo eine politische Mehrheit die Regierung bestimmt.  
290 Dieses Prinzip wollen wir auch im Bezirk als „politisches Bezirksamt“ einführen. Nur so wird  
291 für die Bürger\*innen nachvollziehbar, welche Parteien für welche Politik in der  
292 Verantwortung stehen.

293 Mehr Demokratie bedeutet auch, das bezirkliche Parlament, die Bezirksverordnetenversammlung  
294 (BVV), zu stärken. Derzeit verfügen die BVVen nur in einigen Bereichen über Beschlussrechte  
295 und können überall sonst lediglich Verwaltungshandeln anregen. Das soll sich ändern, wir  
296 wollen mehr BVV-Beschlüsse mit Rechtswirkung ausstatten. Außerdem sollen Bezirksverordnete  
297 die Möglichkeit erhalten, auf unabhängige Expertise zurückzugreifen, vergleichbar mit dem  
298 wissenschaftlichen Dienst des Abgeordnetenhauses.

299 Auch die direkte Beteiligung von Bürger\*innen wollen wir stärken. Wir wollen  
300 Bürger\*innenentscheide in den Bezirken. Die Idee der Bürger\*innen-Haushalte wird bislang  
301 ganz unterschiedlich umgesetzt. Wir wollen die verschiedenen Ansätze evaluieren und die  
302 besten in allen Bezirken etablieren.

303 Politik vor Ort wird von Menschen gemacht. Wir haben die Stellen in den Bezirksverwaltungen  
304 stark aufgebaut, dies wollen wir fortsetzen. Systematisch gilt künftig: Werden neue Aufgaben  
305 auf die kommunale Ebene übertragen, müssen dem auch die notwendigen finanziellen und  
306 personellen Ressourcen folgen. Diversität ist für uns bei der Personalgewinnung ein  
307 zentrales Kriterium. Ziel ist, die Bevölkerung in all ihrer Vielfalt abzubilden.

308 Jetzt ganz konkret: Bündnisgrüne Projekte für die Zukunft Berlins

309 1. Privatisierung stoppen – Berlins Vermögen ausbauen

310 Wir wollen eine echte Privatisierungsbremse in Form eines Bodensicherungsgesetzes und eine  
311 Änderung der Berliner Verfassung. Dabei gilt: Das Grundstockvermögen darf in seinem

312 Wertbestand grundsätzlich nicht verringert werden. Ausnahmen gibt es per Gesetz und in  
313 außergewöhnlichen Notsituationen mit einer Mehrheit des Abgeordnetenhauses. Wir wollen, dass  
314 Berlins Vermögen nicht nur stabil bleibt, sondern weiterwächst. Deshalb werden wir kritische  
315 Infrastrukturen wie Energienetze in die öffentliche Hand zurückholen. Zur langfristigen  
316 Stabilisierung des Berliner Wohnungsmarktes streben wir an, dass in 30 Jahren 50 Prozent  
317 aller Wohnungen in Berlin in gemeinwohlorientierter Hand sind, und vergeben öffentliche  
318 Grundstücke nur noch als Erbbaurechte.

#### 319 2. Berliner Klima-Budget – ein Klima-Check für die Haushalte in Land und Bezirken

320 Klimaschutz wird zur Querschnittsaufgabe in der Berliner Verwaltung. Jeder Sektor – Verkehr,  
321 Gebäude, Gewerbe, Abfallwirtschaft etc. – weist ein eigenes jährliches Klima-Budget aus.  
322 Maßgeblich sind die Pariser Klimaziele sowie der daraus abgeleitete CO<sub>2</sub>-Einsparpfad für  
323 Berlin. Wird der nicht eingehalten, müssen die zuständigen Verwaltungen zugunsten  
324 zusätzlicher Treibhausgas-Reduktionen nachsteuern: durch eine andere Prioritätensetzung im  
325 Haushalt oder ordnungsrechtliche Maßnahmen. Dadurch wird Klimaschutz in Berlin  
326 transparenter, kann effektiver kontrolliert werden und fließt stärker in die politische  
327 Entscheidungsfindung ein.

#### 328 3. Gemeinsame Ziele, klare Verantwortlichkeiten – Bezirke und Land stärken

329 Viele Aufgaben sind derzeit sowohl auf Landes- als auch auf Bezirksebene verankert. Dies  
330 führt nicht selten zu Doppelstrukturen und unklaren Zuständigkeiten. Für uns gilt der  
331 Leitsatz: Aufgaben gehören auf die Ebene, die dafür am besten geeignet ist. Dabei sollen  
332 Arbeitsbereiche, von der Planung bis zur Umsetzung, so weit wie möglich von einer einzelnen  
333 Verwaltung verantwortet werden. Entscheidend dabei ist, dass der jeweiligen Zuständigkeit  
334 auch das notwendige Geld folgt. Zugleich wollen wir Berlin durch ein besseres Zusammenspiel  
335 der Ebenen voranbringen, indem wir für alle relevanten öffentlichen Aufgaben und  
336 Bürger\*innendienstleistungen Zielvereinbarungen abschließen. Damit beschleunigen wir auch  
337 die Modernisierung der Stadt, beispielsweise indem der Bau von Radinfrastrukturen bei  
338 Hauptstraßen und dem Rad-Vorrangnetz zukünftig komplett auf Landesebene, bei Nebenstraßen  
339 komplett auf Bezirksebene angesiedelt ist.

#### 340 4. Alle Leistungen der Verwaltung digital und aus einer Hand

341 Wir wollen aus dem Berliner Service- und Dienstleistungsportal ein attraktives digitales  
342 Bürger\*innenamt machen. Alle Verwaltungsdienstleistungen sollen dort online, medienbruchfrei  
343 und auch mobil zugänglich sein. Dazu wollen wir die bundesgesetzlichen Voraussetzungen  
344 schaffen und die internen Verwaltungsabläufe vollständig digitalisieren. Unser Ziel ist, das  
345 Hin und Her zwischen verschiedenen Ämtern, Internetseiten und Online-Formularen zu beenden.  
346 Wir Grüne tragen zugleich Sorge dafür, dass alle Behörden ihre IT-Infrastruktur mit den  
347 gebotenen Sicherheitsanforderungen betreiben und ihre Mitarbeiter\*innen umfassend geschult  
348 werden.

#### 349 5. Bezirke: Nicht der billigste Preis, sondern die beste Leistung gewinnt!

350 Das Prinzip der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR), auf der die Finanzierung der Bezirke  
351 basiert, gerät bei knappen Budgets schnell zu einem ruinösen Wettbewerb um den billigsten  
352 Preis. Das führt zu weniger Qualität und unterschiedlichen Standards in den zwölf Berliner  
353 Bezirken. Wir wollen Kooperation statt Konfrontation und einen Wettbewerb um die beste  
354 Leistung, nicht die billigste. Darum werden wir bei der KLR die Kostendaten mit  
355 verbindlichen Qualitätsstandards definieren.